

Adorfer Grenzboten



Der Adorfer Grenzboten gelangt jeden Wochentag nachm. zur Ausgabe, für den nächsten Tag vordatiert. — Anzeigen nach Tarif. — Postfach-Konto 37369 Leipzig. — Fernruf Nr. 14. Gegr. 1835

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Delsnitz i. Vogtl., des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft und des Stadtrates zu Adorf im Vogtland

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstige Störung des Betriebes) hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückgabe des Bezugspreises.

Tageblatt u. Anzeiger

für Adorf (Vogtl.), Bad Elster, Bad Brambach, Arnsgrün, Breitenfeld, Bergen, Freiberg, Ober- u. Untergottengrün, Hermsgrün, Jugelsburg, Leubetha, Mühlhausen, Rebersreuth, Remtengrün, Schönberg, Siebenbrunn, Sohl, Wohlbach u. das übr. obere Vogtl.

Sonntags eine illustrierte Unterhaltungsbeilage

Druck und Verlag: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.), Bergstraße 14. — Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Meyer, Adorf (Vogtl.)

Nr. 213

Donnerstag, den 12. September 1929

95. Jahrg.

Am Donnerstag, den 12. September 1929, nachm. 3 Uhr sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum

2 Kübel Bohnerwachs, 1 Faß Schmierseife, 1 Geige, 1 Schreibmaschine, 1 Klavier, ein

großer Warenausverkauf, 1 Stück Anzugstoff und verschiedene Möbelstücke

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Adorf, den 11. September 1929.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Was gibt es Neues?

- Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird in einigen Tagen Genf verlassen und einen zweiwöchigen Urlaub antreten.
- Die Reichsminister Wisell, Sebering und Hüfferding sind nach ihrer Aussprache mit Reichskanzler Müller nach Berlin zurückgekehrt.
- Am 4. Oktober treten die Unterstaatssekretäre der Völkerbundkonferenz zusammen.
- Die Eisenacher Weltkirchenkonferenz ist nach einwöchiger Dauer geschlossen worden.
- Ministerpräsident Briand hat am Dienstagabend Genf verlassen, um nach Paris zu reisen und am Ministerrat in Rambouillet teilzunehmen.
- Im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen auf der Lemberger Messe wurden fünf ungarische Studenten verhaftet.
- In den amerikanischen Flottenstandards sollen auch vier Admirale verwickelt sein.
- In die Reparationsbank werden voraussichtlich auch zwei amerikanische Finanzleute entsandt werden.
- In Homberg (Kr. Mörs) wurde ein Bergmann, der durch eine Brieftaube Geld überhandt haben wollte, dadurch ermittelte, daß ein Flugzeug den Weg der Taube verfolgte.
- In Hamburg hat ein Klempner sich, seine Frau und seine beiden Kinder aus Nahrungsmitteln mit Gas vergiftet.
- In Wannsee wurde der Wärter einer Taubstille von zwei Leuten niedergeschlagen und beraubt.
- Im Hafen von Rotterdam entstand auf einem englischen Schiff eine Explosion, durch die 10 Personen getötet wurden.

Oesterreich und Panuropa.

Wenige Monate nach dem zehnjährigen Bestehen des Versailler Schandvertrages jährt sich jetzt auch zum zehnten Male der Tag, an dem im Schloß von Saint Germain bei Paris der „Friedensvertrag“ zwischen Deutsch-Oesterreich und den Alliierten unterzeichnet wurde. Auch dieser Vertrag war von Haß und Rachsucht diktiert. In brutaler Weise wurde die alte Donaumonarchie zertrümmert und einem kleinen Bruchteil des österreichischen Volkes wurde eine staatliche Unabhängigkeit aufgezwungen, von der es gar nichts wissen wollte. Die Schaffung des lebensfähigen Inverglandes war geradezu ein Hohn auf den einst so viel gepriesenen Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Aber darüber machten sich die „Sieger“ keine Skrupel. Man verbot einfach Deutsch-Oesterreich den Anschluß an das deutsche Mutterland und zwang es, seinen Namen in „Republik Oesterreich“ umzubenennen.

Behelos und machtlos mußte sich das österreichische Brudervolk dem harten Diktat beugen, doch gar zu bald zeigten sich die furchtbaren Folgen des „Friedensvertrages“ ein. Das Land war unfähig, sich aus der eigenen Scholle zu ernähren. Hunger und Verarmung kermürten die Bevölkerung, völliger Zusammenbruch der Finanzen trat ein. Mit Völkerbundsanleihen suchte man zwar den kleinen Staat zu „sanieren“, aber eine dauernde Hilfe, eine Gesundung ließ sich dadurch nicht erzielen, zumal die außenpolitische Unterdrückung auch fortgesetzt zu innerpolitischen Auseinandersetzungen führte. Erst in jüngster Zeit haben sich wieder blutige Kämpfe zwischen den Heimwehren und dem Republikanischen Schutzbund abgespielt. Das Land wird erst dann zur Ruhe kommen, wenn das Werk von Saint Germain eine grundlegende Nachprüfung erfährt, wenn Deutsch-Oesterreich wieder selbst über sein Schicksal bestimmen kann, wenn der sehnlichste Wunsch des österreichischen Volkes, mit den deutschen Stammesbrüdern vereint zu werden, in Erfüllung geht.

Aber wird denn je der Anschluß Oesterreichs an Deutschland Wirklichkeit werden? Man müßte es doch eigentlich meinen, wenn man die von Verständigungs-bereitschaft und Friedenssehnsucht nur so triefende Rede Briands in Genf liest. Doch der französische Ministerpräsident verfolgt zur Zeit Ziele, die eher auf eine Verewigung der gegenwärtigen Zustände hinauslaufen. Die am letzten Montag von Briand zum erstenmal aufgerollte Frage der Vereinigten Staaten von Europa ist allerdings zunächst auf keinen Widerstand gestoßen. Die Führer der Abordnungen der europäischen Mächte haben sich in der sachlichen Beurteilung des ganzen Kraenaebietes Zurückhaltung aufer-

Entwaffnung ist Ehrenpflicht.

Ein offenes Wort des Grafen Apponyi. — Ungarns mutiger Vorstoß in Genf.

Nach den Vertretern der großen Mächte kommen in der Völkerbundsversammlung nacheinander auch die kleinen Staaten zum Wort. Die meiste Beachtung fand der greise Führer der ungarischen Abordnung, Graf Apponyi, der am Dienstag unter größter Aufmerksamkeit über die Abrüstungsfrage sprach.

Graf Apponyi wies darauf hin, daß nach den Ausführungen Briands der Krieg zwar eine moralische Unmöglichkeit sei, es gebe jedoch unmoralische Möglichkeiten. Die Entwaffnung der Siegerstaaten sei eine Ehrenpflicht. Zur Zeit lägen die Dinge so, daß keine Gleichheit der Rechte zwischen den Sieger- und den Besiegten-Staaten bestünde. Ungarn werde das immer von neuem erklären. Graf Apponyi erklärte sodann mit außerordentlicher Entschlossenheit und Heberzeugungskraft, Ungarn werde niemals die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufgeben. Ungarn erkläre offen, daß es unzufrieden sei. Ungarn erkläre, daß es den gegenwärtigen Zustand ändern werde und ändern wolle, jedoch nicht durch Waffen, sondern durch die Umwälzung des öffentlichen Bewusstseins. Die Ungarn sprächen in Genf ebenso offen und frei wie in Budapest. Er habe Oesterreich und Ungarns Aufstehen und Verfall erlebt. Er glaube, daß das Wort „niemals“ keinen Sinn und keinen Zweck habe.

Die Ausführungen des Grafen Apponyi wurden von der Völkerbundsversammlung mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall begrüßt, insbesondere von den Vätern der englischen und kanadischen Vertreter wurde während der ganzen Rede und nach Schluß fortgesetzt starker Beifall gesendet. Es ist allgemein aufgefallen, daß es auf jeder Völkerbundsversammlung immer wieder die Vertreter Ungarns sind, die allein den Mut haben, offen vor den Vertretern von 54 Nationen zu erklären, daß der durch die Friedensverträge ge-

schaffene Zustand unhaltbar, ungerecht und für den Frieden gefährdend sei und daß dieser Zustand vom ungarischen Volk niemals und unter keinen Umständen anerkannt werde.

Vor dem Abschluß der allgemeinen Aussprache.

Nach dem bevorstehenden Abschluß der allgemeinen Aussprache der Völkerbundsversammlung werden die sechs Kommissionen in die sachliche Aussprache über die verschiedenen Fragen, die Abrüstung, Minderheiten, Wirtschaftspolitik usw. eintreten. Die große Aktivität, die die englische Regierung auf dieser Tagung entfaltet, wird sich in erster Linie in den Kommissionen kundtun.

Die Wahlen zum Völkerbundsrat.

Polen wiedergewählt. — Südslawien und Peru treten neu ein.

Die Völkerbundsversammlung hat die Wahlen für die alljährlich auscheidenden drei Ratsmitglieder (Polen, Chile und Rumänien) vorgenommen. In der geheimen namentlichen Abstimmung wurden Polen mit 50, Südslawien mit 42 und Peru mit 36 Stimmen gewählt. Wiedergewählt Polens, das bereits 1926 in den Rat gewählt worden war, erfolgte auf Grund des Polen erteilten Charakters der Wiederwählbarkeit.

Der Rat, der aus vierzehn Mitgliedern besteht, setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen: 1. Fünf ständige Ratsmitglieder: Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan. 2. Zwei nichtständige, aber wiederwählbare Ratsmitglieder: Polen und Spanien. 3. Sieben nichtständige Ratsmitglieder: Persien, Finnland, Kanada, Südslawien und die drei lateinamerikanischen Staaten Peru, Kuba und Venezuela.

legt. Auf englischer Seite wird in dieser Frage entgegen der hier herrschenden ideellen Beurteilung der nüchternen sachliche Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt. Hierbei ist die ausgesprochen freihändlerisch gerichtete Stellungnahme des neuen englischen Kabinetts deutlich zum Ausdruck gelangt, jedoch hat man versucht, jetzt gleich zu Beginn der internationalen Erörterung dieser Frage, die damit unvermeidlich verbundenen politischen Ziele auszuschalten. Man verheißt sich nicht, daß der Plan Briands in seinen politischen Auswirkungen unvermeidlich zu einer Anerkennung des durch das Versailler Vertragssystem geschaffenen europäischen Grenzsystems führen muß. Der tiefere Hintergrund des Briand'schen Planes liegt nach allgemeiner Auffassung in der Absicht, in Zukunft eine Abänderung der in Versailles gezogenen europäischen Grenzen und damit auch einen Anschluß Oesterreichs, und zwar durch einen freiwilligen Verzicht der europäischen Mächte, unmöglich zu machen.

Zwischen der deutschen und französischen Auffassung in dieser Frage scheint ein wesentlicher Unterschied darin zu liegen, daß man auf deutscher Seite das Wesentliche eines Zusammenschlusses der europäischen Mächte in den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen sieht, während Briand und mit ihm bezeichnenderweise auch der tschechoslowakische und der südslawische Außenminister die politische Seite sowie die Stabilisierung der heutigen europäischen Machtverhältnisse in den Vordergrund gerückt haben. Hierin bestehen somit grundlegende Unterschiede, die bei der weiteren Verhandlung dieser Frage eine entscheidende Rolle spielen dürften.

Darüber kann auch die verhältnismäßig günstige Aufnahme der Stresemannrede in der französischen Presse nicht hinwegtäuschen. Wenn die Pariser Blätter den deutschen Außenminister jetzt als „guten Europäer“ und „übertragenden Diplomaten“ feiern, der mit dem größten Glauben an die gemeinsame Zukunft der wirtschaftlich neugeordneten europäischen Völker ge-

prochen habe, so ist das gewissermaßen als Ausdruck der Freude über die herzliche Unterfertigung des Briand'schen Planes der Vereinigten Staaten von Europa aufzufassen. Im übrigen befinden sich die Erörterungen über „Panuropa“ erst im Anfangsstadium. Sobald Briand erst einmal seine Gedankengänge schriftlich festgelegt hat und die französische Denkschrift den europäischen Mächten zur Prüfung und Stellungnahme übermittelt ist, wird sich zeigen müssen, ob die Verwirklichung der Ideen Briands eine Gesundung Europas herbeizuführen imstande ist.

England für Freihandel in Europa.

Rede Grahams in Genf.

Der englische Handelsminister Graham legte in der Völkerbundsversammlung des Völkerbundes in einer groß angelegten Rede den Standpunkt Englands in den wirtschaftspolitischen Fragen dar. Er ging dabei besonders auf die Frage des Freihandels in Europa ein, die gegenwärtig in der Form der Vereinigten Staaten von Europa erörtert werde. Er wolle nicht die Begünstigung in dieser Frage dämpfen, aber es sei unbedingt erforderlich, zu praktischen Vorschlägen zu kommen und nicht nur allgemeine großzügige Gedankengänge zu erörtern.

Die gegenwärtige englische Regierung lehne den Gedanken einer Vereinigung der europäischen Staaten nicht ab, verlange jedoch, daß dann auch jegliche Unterschiede in den Zolltarifen der einzelnen Länder endgültig abgeschafft werden müßten. Vor allen Dingen dürfe der Rohstoffverkehr zwischen den Mächten, wie z. B. Kohle, Stahl und andere, keinerlei Beschränkungen und Hemmnissen unterliegen. Ein Abkommen zwischen den europäischen Mächten wäre denkbar, wenn der Preis und die Verteilung der Rohstoffe geregelt würden, wie dies beispielsweise im Stahlmarkt bereits der Fall sei.

Die zweite Kommission des Völkerbundes für Wirtschaftspragen möge ferner einen Abkommensentwurf